

**[s.n.]**

Autor(en): **Marsden, Ian David**

Objektyp: **Illustration**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **111 (1985)**

Heft 38

PDF erstellt am: **21.07.2024**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mit wachsendem Staunen blickt Bundes-Bern auf das kantonale Bern, genauer: das Bundeshaus auf das Berner Rathaus, oder noch genauer: das Eidgenössische auf das kantonalbernerische Finanzdepartement. Dieweil der Bundessäckelmeister seit Jahr und Tag mit jedem Fränkli knübeln muss, konnte Berns Finanzchef mit der grossen Kelle Geldgeschenke verteilen, für die es ausser der Budgetrubrik «Unvorhergesehenes» keinerlei Legitimation gab – ausser eben dem von der Berner Regierung sich selber bewilligten «Recht» zu bestimmen, was beim Geldausgeben «unvorhergesehen» ist und was nicht. So ging Geld u. a. an Abstimmungskomitees, welche die der Regierung passenden Parolen verfochten. So z. B. im Fall der Laufentaler Abstimmung. Der Kanton Bern hatte verkündet, die Laufentaler Bürger sollen frei und unbeeinflusst entscheiden, ob sie Berner bleiben wollen oder nicht, die Regierung aber finanzierte eine Diskreditierungskampagne gegen die Befürworter des Kantonswechsels. In einem andern Fall rief die Regierung mangels Gesetzesgrundlage für eine Zuvielausgabe den Grundsatz zu Hilfe: «Die rechte Hand soll nicht wissen, was die linke tut.» Wobei die Rechte dem Finanzsekretär Kohli gehörte und die Linke des selben Herrn Kohli das Geld für die (zu) hohen Preise entgegennahm, die Herr Kohli dem Finanzdepartement für EDV-Leistungen jener Firma belastete, an deren Spitze er als Verwaltungsrat tätig ist. Tätig natürlich im Einvernehmen mit der Berner Regierung. Das erinnert in etwa an jenen hohen bernischen Steuerbeamten, der bis vor zwei Jahren mit stillschweigender Zustimmung der Regierung cleveren Steuerzahlern half, ihren Obolus an den Staat zu reduzieren. Man sieht: Sticks Beamte könnten von Martignonis (Ver-)Dienern noch manches dazu lernen ...

+

Ständerat Letsch bekämpft in der «Gewerbe-Zeitung» die vor der Urnenabstimmung stehende Investitionsrisikogarantie (IRG). Besonders auf den Wecker gehen ihm die in der IRG vorgesehenen Steuererleichterungen für investitionsfreudige Unternehmen. Sie erinnern ihn an folgendes Rommel-Zitat: «Politiker bestehen zu 90 Prozent aus Emotionen und – im Normalfall – aus fünf Prozent Vernunft und – leider – auch aus einem gewissen Prozentsatz Lust am Absurden.» Notabene: Auch Herr Letsch ist Politiker, besteht also nach eigener Aussage aus 90 Pro-



## Bundeshuus-Wösch

### Entweder – oder – oder

Trotz aller Anfechtungen und Rücktrittsforderungen beteuert die Berner Regierung immer wieder, bei der angeprangerten Zuteilung von öffentlichen Geldern an Abstimmungskomitees, für Repräsentationszwecke und andern Dingen «in guten Treuen» gehandelt zu haben. – Entweder waren die Berner Regierungsräte wirklich so naiv und hatten von den Grenzbestimmungen ihrer Kompetenzen keine Ahnung, oder eine Handlung ist für sie solange gut-treulich, als sie der Regierung nützt, oder sie verhielten sich stets in guter Treue zum Ancien régime.

☞

Der Bundesrat hat die Frist zur Prüfung des «Projektes Gewähr» für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle über Ende 1985 hinaus verlängert. – Entweder bietet die Fristverlängerung tatsächlich Gewähr, dass das «Projekt Gewähr» die notwendige Gewähr für eine sichere Endlagerung bieten kann, oder die Betriebseinstellung der Kernkraftwerke erscheint dem Bundesrat doch zu verfrüht, oder er hofft, dass sich in der Zwischenzeit das kristalline Gestein unter dem Schweizer Boden für eine Endlagerung günstiger gestaltet.

☞

Zur Hebung der Moral soll der Schweizer Wehrmann einen Franken mehr in sein Soldtäschchen erhalten. – Entweder wird der Mehrsold die Moral oder die Truppenstimmung, wie das dem EMD-Chef vorschwebt, heben, oder der damit verbundene Mehrkonsum an Zigaretten und Alkohol wird die Unmoral der Truppe fördern, oder das Fränkli mehr wird ganz einfach die patriotische Gesinnung an die Teuerung anpassen.

zent Emotionen, fünf Prozent Vernunft und etwa fünf Prozent Lust am Absurden. Was demnach logischerweise auch von seiner Argumentation gelten dürfte.

+

Die Genfer begehen ihren Buss- und Bettag zehn Tage vor allen anderen Miteidgenossen. Warum wohl? Seit Jahrzehnten essen sie die traditionelle «Zwätschgewäje» (sprich: gha-to-o-pru-no) im Alleingang, und doch erhört sie der liebe Gott nicht. Bei den Bundesratswahlen kommen sie gleichwohl immer nach den anderen an die Reihe ...

+

Geneviève Aubry, Nationalrätin und Anwärterin auf einen Sitz im Berner Regierungsrat, hat sich neu frisieren lassen (wie Elisabeth Kopp). Sie hatte es nötig. Ihre Mitfreisinnigen aus dem Bezirk Moutier hatten ihr gehörig die Kappe gewaschen und darauf verzichtet, sie zu nominieren. Sie macht jedoch mutig weiter und zeigt sich viel und überall, sogar an einer Modeschau einer Berner Boutique. Der Veranstalter liess es sich nicht nehmen, sie gebührend zu begrüssen als «unsere Frau Bundesrätin» (wie Elisabeth Kopp). Kleider machen Leute, Frisuren offenbar Bundesrätinnen. *Lisette Chlämmerli*

